

Wasser gehört allen

Niemand kann eine Kommune zwingen, die Wasserversorgung zu privatisieren. Es kann sie allerdings auch niemand daran hindern. Trinkwasser darf trotzdem nicht beliebig ver-



Kein Trinkwasser

hökert werden, schon gar nicht durch einen US-Konzern, der sich womöglich einklagt. Deshalb hat Wasser in Freihandelsverträgen nichts zu suchen.

Liebe Verhandler der EU:

Trinkwasser ist keine Handelsware!



Alle gegen TTIP

Text und Gestaltung:

AK Politik ver.di-Senioren Bayern
verdi-senioren.jimdo.com

Fotos: Markus Koljonen
Inge Leha-Castner

V.i.S.d.P.

Luise Klemens
Schwanthalerstr. 64
80336 München

Redaktionsstand: März 2016



Seniorinnen und Senioren
im Landesbezirk Bayern

Streng geheim

Seit Juni 2013 verhandeln EU-Kommission und Wirtschaftslobbyisten über ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa. Ist TTIP erst unterschrieben, sind für die folgenden 20 Jahre zentrale Bereiche unseres Lebens und der Arbeit neu geregelt, ohne dass künftige Volksvertreter etwas daran ändern können.

Unternehmen und Lobbyisten dürfen die Verhandlungsdokumente einsehen und ihre Wünsche einbringen. EU-Parlamentarier und seit kurzem auch Bundestagsabgeordnete dürfen als vertraulich eingestufte Informationen allenfalls im stillen Kämmerlein lesen, aber nichts weitersagen.

Das verstößt gegen zentrale Prinzipien der Demokratie. So entmachtet die Politik sich selbst. Wenn die Gesetze aber ohnehin von der Industrie gemacht werden, sind Politiker womöglich überflüssig.

Liebe Verhandler der EU:

Kauft nicht die Katze im Sack!

Arbeitsrechte in den USA

Verhandeln mit einem Land, das sich gegen die Ratifizierung international vereinbarter Normen für Arbeitsrechte sperrt? Solange die USA nicht alle acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen ratifiziert, ist TTIP eine latente Bedrohung für Arbeitnehmer.

Die USA haben erst zwei der acht Kernarbeitsnormen ratifiziert. Nicht ratifiziert haben sie z. B. die Kernarbeitsnormen zur Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, zum Mindestalter sowie zum Recht auf Vereinigungsfreiheit - in Deutschland ein Grundrecht.

Wer garantiert, dass US-Konzerne nicht Sturm laufen gegen unsere Arbeitnehmerrechte, sobald TTIP beschlossen ist? Derlei Rechte könnten schließlich ein Handelshemmnis sein und den Gewinn schmälern. Wie Schiedsgerichte dann urteilen, steht in den Sternen.

Liebe Verhandler der EU:

Erst weiter verhandeln, wenn die USA alle Normen ratifiziert haben!

Und wenn jemand klagt?

2011 beschloss die Bundesregierung den kompletten Ausstieg aus der Atomenergie. Daraufhin klagten RWE, Eon und Vattenfall beim Bundesverfassungsgericht wegen Enteignung. Im Frühjahr 2016 will das Gericht darüber verhandeln.

Vattenfall fordert außerdem auf dem Weg über ein privates Schiedsgericht in Washington von der Bundesrepublik 4,7 Milliarden Euro Entschädigung. Dieses Schiedsgericht besteht nicht aus ordentlichen Richtern, sondern aus drei Anwälten. Es tagt geheim, und seine Entscheidung kann nicht angefochten werden.

Die Bundesregierung hat kürzlich festgestellt, dass Handelsverträge zwischen Staaten mit funktionierendem Rechtssystem keinen Investorenschutz brauchen. Die USA fordern ihn aber für TTIP.

Liebe Verhandler der EU:

Wir brauchen keine Pseudo-Gerichtbarkeit!